



An den Präsidenten  
der Wirtschaftskammer Kärnten  
Europaplatz 1  
9020 Klagenfurt

Klagenfurt, 28. Mai 2024

## **Gemeinsamer Abänderungsantrag**

### **zu Antrag Nr. 3**

zum Wirtschaftsparlament am 28. Mai 2024

des Österreichischen Wirtschaftsbundes, Landesgruppe Kärnten, des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Kärnten und der Freiheitlichen Wirtschaft Kärnten

### **EU-Bürokratiewahnsinn im Zusammenhang mit absurden Green Deal verhindern!**

Der Überregulierungs- und Bürokratiewahnsinn der EU im Rahmen des Green Deals muss dringend verhindert werden. Den Umsetzungsmaßnahmen von EU-Gesetzen und Verordnungen, die zu erheblichen Belastungen für Unternehmen führen würden, müssen umgehend Schranken gesetzt werden. Ziel sollte stets eine ausgewogene und liberale Wirtschaftspolitik mit praxisnahen und praktikablen Regelungen sein, die u.a. Innovationen fördert und so die europäische Wirtschaft stärkt.

Der europäische Green Deal mit den ESG-Kriterien setzt derzeit primär auf rechtliche Regelungen und Verbote ab anstatt auf finanzielle Anreize, wie es in den USA gehandhabt wird. So sollte der europäische Green Deal eine wirtschaftspolitische Investitionsmaßnahmen darstellen und ebenso auf ein Anreizmodell setzen. Das US-Beispiel leistet mit direkten Fördermitteln und zusätzlichen Steuererleichterungen einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der grünen Transformation und der Wirtschaft in den USA bei.



Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

### ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Kärnten wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass der europäische Green Deal ein einheitliches monetäres Anreizmodell nach US-Vorbild verfolgt und der europäische Wirtschaftsstandort somit nicht durch überbordende Regulierungen und Verbote weiter an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

SO DI KoR Martin Zandonella  
WP-Delegierter

WKK-Vizepräsident KoR Alfred Trey  
WP-Delegierter

WKK-Vizepräsident KoR Günter G. Burger  
WP-Delegierter